

Zeitschrift: ZeitBild
Herausgeber: Schweizerisches Ost-Institut
Band: 35 (1994)
Heft: 6

Artikel: Bewusstseinsbildung und Zusammenspannen : demokratische Opposition in Russland - ein Moment-Mosaik
Autor: Tarsis-Dormann, Hanni
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-1092857>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 18.04.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Bewusstseinsbildung und Zusammenspannen

Die Träger des Demokratieförderungsprojekts in Moskau warten noch auf das Solidaritätsecho westlicher Gleichgesinnter — eine ermutigende Teilantwort liegt inzwischen vor —, um ihre Beiträge zur staatsbürgerlichen Bewusstseinsbildung in Russland als Vereinigung, mit entsprechendem Gewicht, verwirklichen zu können. Aber sie warten beileibe nicht tatenlos.

Das Wahlergebnis war für manche Demokraten ernüchternd, für viele enttäuschend. Ist der politische Einsatz also vergeblich? Von verschiedenen Seiten ist mir der Wille zur weiteren Aufklärungsarbeit und die Überzeugung von deren Notwendigkeit und Sinn entgegengekommen. Drei Faktoren sieht der «alte Bürgerrechtler» und Verlagsleiter Eduard Moltschanow als besondere Herausforderungen für die Demokraten Russlands: 1. Es fehlt die eingespielte Ordnung, dank der man weiss, was am nächsten Tag und in einem Monat und in einem Jahr normalerweise zu erwarten ist. 2. Fehlende Kenntnisse und mangelndes Bewusstsein bei einem Grossteil der Einwohner, weshalb Ideen zur Tat oft (noch) nicht Fuss fassen können. 3. Die schieren Ausmasse des Landes, die Grösse der Bevölkerung, die Distanzen im physischen wie im übertragenen Sinn. Diese ist natürlich nicht dem Kommunismus anzulasten, aber wegen dessen Langzeitfolgen (Stichwort: zerstörte Grundlagen im menschlichen wie im materiellen Bereich) fällt sie um so schwerer ins Gewicht.

Literatura i Politika verlegt Basisdaten

Im Verlag «Literatura i Politika» ist eine Materialsammlung der Experten vom Zentrum RF-Politika unterwegs, in der einerseits der politische Weg Russlands von 1990 bis zu den jüngsten Wahlen kritisch beleuchtet und andererseits die — bisher nirgends erschienenen — Wahlergebnisse vom Dezember 1993 aufgelistet und analysiert werden. Der Arbeitstitel lautet «Warnung Nr. 21: Die Krise der demokratischen Entwicklung Russlands als Bedrohung der globalen Zivilisation». Mit dieser Veröffentlichung kann der Demokraten-Verlag einen neuen wichtigen Beitrag zur Bewusstseins- und Meinungsbildung im Land (und im Aus-

land) leisten, von dem positive Auswirkungen zu erwarten sind.

Das Buch ist für die Verbreitung unter Wissenschaftlern und Politologen, den Vertretern der politischen Elite Russlands und der übrigen GUS-Länder sowie Politikern und Wissenschaftlern anderer Länder gedacht. Die Veröffentlichung ist auch für die Massenmedien von besonderem Interesse, da der 300seitige Sammelband eine Reihe einmaliger Fakten und konkreter Angaben über die Politik und die Politiker Russlands enthält, unter anderem auch Zusammenstellungen über alle gewählten Volksvertreter aller Wahlkreise, mit Angaben über Wahlbeteiligung und Stimmenanteile, leere und ungültige Wahlzettel usw.

Der Publizist Jurij Burtin von der Unabhängigen Staatsbürgerlichen Initiative (und Redaktor der «Grashdanskaja Mysl'») ist einer von denen, die das «RF-Politika»-Buch mit Spannung erwarten. Kronid Ljubarskij, inzwischen stellvertretender Chefredaktor der Wochenzeitschrift «Nowoje wremja», kritisierte in einem Artikel über die Wahlen nicht nur Fälschungen und Manipulationen, sondern vor allem auch, dass diese Daten nirgends veröffentlicht worden sind. Der Verlag «Literatura i Politika» springt ein.

Orientierungshilfe für die Öffentlichkeit

Prof. Jurij Afanassjew, Rektor der Freien humanistischen Universität in Moskau und Gründungsmitglied der Unabhängigen Staatsbürgerlichen Initiative (UStI), bekräftigte am 6. März im Rahmen einer Fernsehsendung: Russland braucht eine neue demokratische Bewegung; und sie kann sich entfalten, wenn die Leute als erstes die politische Wirklichkeit des Landes erfassen.

Worin die UStI diese Wirklichkeit sieht, legte mir der Publizist und Redaktor Jurij Burtin dar. Gemeinsam mit dem MGU-Professor Grigorij Wodolaw, der regelmässig auch für die «Grashdanskaja Mysl'» schrieb, hat er einen Artikel darüber verfasst, was die Demokratie in Russland heute darstellt. «In der Presse wird sie mächtig kritisiert — es sei keine echte Demokratie. Sie ist aber nicht ein-

Bei «Literatura i Politika» wird eine Materialsammlung publiziert über den politischen Weg Russlands von 1990 bis zu den jüngsten Wahlen und — erstmals — über die Wahlergebnisse.

«Russland braucht eine neue demokratische Bewegung, und sie kann sich entfalten, wenn die Leute als erstes die politische Wirklichkeit des Landes erfassen.»
(Prof. Jurij Afanassjew)

«Wenn wir unsere Art von Demokratie heute ansehen, so gilt sie für die neue Nomenklatura der politischen Machthaber, die alle Fraktionen vereinigt — Kommunisten, Nationalfaschisten, Demokraten.»
(Jurij Burtin)

fach schlechter, als sie sein könnte oder z. B. in der Schweiz ist. Sie ist anders.» Es gibt in der Geschichte verschiedene Typen von Demokratie, sagt Burtin. In der Antike herrschte eine Art Demokratie für die Oberschichten, von der die Sklaven ausgeschlossen waren; im Feudalismus und noch in der bürgerlichen Gesellschaft des 19. Jahrhunderts konnten sich die unteren Schichten an den politischen Prozessen kaum oder nur beschränkt beteiligen. Erst im 20. Jahrhundert gibt es die Demokratie aller und für alle, und auch dies erst, seit die westliche Gesellschaft «reich wurde».

Wenn wir unsere Art von Demokratie heute ansehen, führt Burtin weiter aus, so gilt sie für die neue Nomenklatura der politischen Machthaber, die alle Fraktionen vereinigt — Kommunisten, Nationalfaschisten, Demokraten. Die Rede von Präsident Jelzin vor beiden Kammern der Volksvertreter am 24. Februar war nichts anderes als ein Versuch, diese politische Oberschicht neu zu konstituieren: «Lasst uns friedlich zusammenleben, es ist für jeden Platz, der Kuchen ist gross, jeder kriegt sein Stück, bloss nicht streiten...»

Es ist bei uns nicht so, dass sich die Demokratie noch nicht ganz fertig entwickelt hätte, meint Burtin, sondern es hat sich der Demokratie-Typ für die neue Oberschicht herausgebildet; dies zeigten schon die Wahlen, ja schon das Wahlgesetz verhies uns dieses Ergebnis.

In der Bewegung «Demokratitscheskaja Rossija» dachte man 1991, Russland habe sich nun der europäischen Zivilisation angeschlossen. Statt dessen hat sich anstelle des früheren Totalitarismus ein Gesellschaftstyp entwickelt, der für unsere Bevölkerung wie für die übrige Welt eine grosse Gefahr birgt, weil in der «Demokratie für die Oberschicht» soziale Konflikte programmiert sind. Weder bei uns hier noch im Ausland hat man dies genügend erfasst; in Europa beruhigte man sich bezüglich Russlands zu früh.

Demokraten brauchen Zeitung(en)

Bemerkenswert findet Burtin, wie die ganze Spitze (alte Kommunisten und

neue Demokraten) in der Exekutive und Legislative, in den kommerziellen und industriellen Strukturen alles tun, um die unteren Schichten der Gesellschaft, einschliesslich der Intelligenzia, politisch ohne Stimme zu lassen. Eigene Zeitungen herauszugeben erfordert Geld und genügend Verbindungen unter diesen Gruppierungen; an beidem mangelt es, sagt Burtin und zieht die Parallele zu Orwells «1984», wo die Proleten vom öffentlichen Leben ausgeschlossen sind.

In der Zeitung «Delo» wollten Burtin und Wodolaw diese Standortbestimmung veröffentlichen; sie hatten auch schon darüber verhandelt, periodisch eine Seite der (im Herbst 1993 sistierten) «Grashdanskaja Mysl'» in «Delo» erscheinen zu lassen, doch der Chefredaktor hatte Vorbehalte. Eine eigene Zeitung der breiten demokratischen Bewegung «würde vieles ändern», sagt Jurij Burtin, «da es gerade jetzt sehr wichtig ist, der Gesellschaft zu erklären, was mit unserer russischen Demokratie geschehen ist: Wir sitzen auf den Ruinen des Totalitarismus und haben, weil kein radikaler Bruch mit dem totalitären System erfolgte, heute eine neue Nomenklatura und damit eine anachronistische Gesellschaft.»

Wie sagte Ljudmila Alexejewa, Mitbegründerin der Moskauer Helsinki-Gruppe, als Dmitrij Jurjew und ich ihr im Januar das Projekt für Demokratieförderung zeigten? «Seit drei Jahren rede ich überall von der Notwendigkeit dieser Sache! Die Demokratie braucht eine unabhängige Presse, und deren Schaffung ist viel Unterstützung wert!»

Jelena Bonners Hoffnung

Ein Echo und eine Ergänzung zu Burtin stellt Jelena Bonners Beitrag «Wer hat was gewonnen, wer was verloren?» in der Pariser Wochenzeitung «Russkaja Mysl'» (24. 2.–2. 3. 1994) dar. Sie sieht die Ursachen ebenfalls im Wahlgesetz, das die verschont gebliebene Struktur der KP unheimlich begünstigte, statt dass man sie für die Verbrechen zur Rechenschaft zog; darin, dass Schirinowskij in der Konstitutionsversammlung mitarbeiten durfte, statt für seine Kriegshetze vor Gericht zu stehen, und dass niemand in den Medien erklärte, was liberal und demokratisch bedeutet; vor allem aber in «demokratischer» Kritik an den Reformen, die in den Medien den Eindruck erweckte, bessere Leute (sie selber — so etwa Jawlinskij) hätten die Reformen ohne nachteilige Folgen für die Bevölkerung durchzuführen gewusst...

Frau Bonner bedauert entsprechend auch das Schlagwort, das im Westen her-

«Die Demokratie braucht eine unabhängige Presse, und deren Schaffung ist viel Unterstützung wert!» (Ljudmila Alexejewa)

«Eigentum führt zu Freiheit und erfordert Freiheit.» (Jelena Bonner)

«Es ist zweifelhaft, dass durch die Sowjetherrschaft wirklich eine kollektivistische Psychologie geschaffen wurde und nicht eher eine — krankhaft — individualistische. Gerade in der schlimmsten Zeit der Sowjetherrschaft wurde die Gesellschaft atomisiert: Alle gesunden Strukturen, alle natürlichen menschlichen Beziehungen wurden zerstört... Alles, was bei uns geschaffen worden ist, entstand durch Initiative von einzelnen, auch in der Sowjetzeit — privat, auf illegale Weise waren wir Russen kreativ tätig, auch und besonders im Bereich der Kultur... Das Beste im russischen Leben und in der russischen Kultur hat stets etwas mit dieser leicht anarchistischen Initiative zu tun gehabt. Schade, dass diese Leute solche Mühe bekunden, mit Gleichgesinnten zusammenzuspannen. Besonders in der Sowjet- bzw. Stalinzeit war es so, als jeder denkende Mensch sich einsam fühlte. Aber auch heute...»

umgeboten wurde: «Weniger Schock, mehr Therapie» — es hat keinen Schock gegeben. Sie hat aber Hoffnung, weil sich das Land unweigerlich zum Kapitalismus hin entwickelt, trotz aller vorläufigen Ungerechtigkeit und sozialen Härte, «weil Eigentum zur Freiheit führt und Freiheit erfordert». So in acht bis zehn Jahren, «wenn es mehr Besitzer-Bourgeois-Ausbeuter gibt» und der Staat nicht mehr der Arbeitgeber ist, «wird der Staat von uns abhängen». Im übrigen anerkennt sie dankbar, dass die grundlegenden demokratischen Freiheiten in Russland gewährleistet sind.

Kreativer Individualismus...

Und noch eine Stimme aus dem Spektrum der demokratischen Bevölkerung. Akademiemitglied Sergej Awerinzew aus Moskau (Professor für Byzantinistik, alte Sprachen und Geschichte sowie russische Literatur) hielt im Februar in Bern eine Vorlesung über den Dichter Mandelstam — und beantwortete nachher im privaten Rahmen auch Fragen zur politischen Situation. Den Wahlerfolg Schirinowskij bezeichnet er als «ein Unglück und eine Schande»; auch er sieht die Verantwortung der Presse, «gerade der demokratisch sein wollen»: «Sie hat letztes Jahr jedes Gefühl für die Proportionen verloren... Bis im letzten Moment vor den Wahlen verbreitete die «demokratische» Presse fast nur ihre Befürchtung, in der künftigen Duma könnten sozusagen ausschliesslich Jelzin-Anhänger, Reformer, vertreten sein...» Aber auch die westlichen Medien täten gut daran, für den zweifelhaften Tribun nicht noch Reklame zu machen.

Auf die Frage eines Anwesenden, ob nicht der jahrzehntelange kollektivistische Drill heute die Privatinitiative unterbinde, sagte Prof. Awerinzew: «Es ist zweifelhaft, dass durch die Sowjetherrschaft wirklich eine kollektivistische Psychologie geschaffen wurde und nicht eher eine — krankhaft — individualistische. Gerade in der schlimmsten Zeit der Sowjetherrschaft wurde die Gesellschaft atomisiert: Alle gesunden Strukturen, alle natürlichen menschlichen Beziehungen wurden zerstört... Alles, was bei uns geschaffen worden ist, entstand durch Initiative von einzelnen, auch in der Sowjetzeit — privat, auf illegale Weise waren wir Russen kreativ tätig, auch und besonders im Bereich der Kultur... Das Beste im russischen Leben und in der russischen Kultur hat stets etwas mit dieser leicht anarchistischen Initiative zu tun gehabt. Schade, dass diese Leute solche Mühe bekunden, mit Gleichgesinnten zusammenzuspannen. Besonders in der Sowjet- bzw. Stalinzeit war es so, als jeder denkende Mensch sich einsam fühlte. Aber auch heute...»

... und Konsolidierung demokratischer Kräfte

Der Duma-Abgeordnete und Ex-Minister Gajdar regte deshalb Ende Februar an einer Veranstaltung der demokratischen Bewegung deren organisatorische Vereinigung an: «Wir halten dafür, dass wir eine politische Organisation brauchen — eine Union oder Partei. Sie muss genügend strukturiert sein, um die Rechte der Bürger zu verteidigen, gesellschaftlichen Druck auf die Machthaber zu organisieren und Wahlkampagnen durchführen zu können», schrieb er in einem Aufruf, den alle Teilnehmer der Versammlung erhielten.

Schon ist dazu die skeptische Distanzierung seitens eines Kopräsidenten der «Demokratischesskaja Rossija» aktenkundig. Lew Ponomarjow verwies darauf, dass Gajdar namentlich in der Provinz zuwenig bekannt oder zuwenig beliebt sei, weshalb ein organisatorisches Zusammengehen mit dessen «Wahl Russlands» für die «Demo-Rossija» unvorteilhaft wäre. Gajdars Vorschlag löste einige Bewegung aus, indem manche prominente Demokraten sich ihm anschlossen, andere jedoch neu in der «Demo-Rossija» mitarbeiten.

Muss die Demokratie in Russland am «leicht anarchistischen» Hang ihrer Träger scheitern? Nein! Auf den April wird jetzt ein Kongress der demokratischen Kräfte vorbereitet. Den Vorschlag dazu brachte Lew Timofejen an einem Rastreffen der Vertreter aller «Demo-Rossija»-Mitgliedorganisationen ein: «Es dürfte heute kaum möglich sein, die Demokraten in eine einheitliche Organisation zusammenzufassen. Aber der Versuch, sie wenigstens für einen Tag zusammenzubringen und gemeinsam über das einzige Prinzip der demokratischen Kräfte im Land nachzudenken, — und sie so, in einem Raum versammelt und die Grundsätze der Einheit erörternd, am Fernsehen zu zeigen, damit das ganze Land sie sieht und damit sie selber sich zusammen sehen — dieser Versuch lohnt sich, meine ich.» Auch im Hinblick auf die Präsidentenwahlen von 1996.

Folgende Resolution wurde sozusagen einstimmig angenommen: «Das Plenum des Vertreterrates hält es für unerlässlich, einen Prozess der Konsolidierung der politischen Kräfte demokratischer Richtung in Gang zu setzen, und beauftragt den Koordinationsrat und die Kopräsidenten der Bewegung, sofort Konsultationen mit den Führern der demokratischen Organisationen und Blöcke zwecks Vorbereitung und Durchführung eines Vereinigten Kongresses der demokratischen Kräfte Russlands zu beginnen.» Zwei Träger des Demokratieförderungsprojekts sind für Mai nach Bern eingeladen: Sie haben dann hoffentlich Gutes auch vom Kongress zu berichten!

Hanni Tarsis-Dormann